

13.05.2016

## Kleine Anfrage 4782

der Abgeordneten Gregor Golland und André Kuper CDU

### **Christenverfolgung in Deutschland und Nordrhein-Westfalen – Erkennt die Landesregierung die besondere Schutzbedürftigkeit geflohener Christen an?**

Am 9. Mai fand eine Pressekonferenz im Haus der Bundespressekonferenz zur Situation von geflohenen orientalischen Christen statt. Beteiligt waren die Organisation „Open Doors“, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), der Zentralrat Orientalischer Christen in Deutschland (ZOCD), die "Aktion für verfolgte Christen und Notleidende" (AVC) und "Kirche in Not" in Berlin statt. Auch betroffene christliche Flüchtlinge kamen zu Wort.

Die Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge hat auch Nordrhein-Westfalen vor große Herausforderungen gestellt. Ein Problem, das dabei bisher vernachlässigt wurde, ist die Häufung von Anfeindungen und Gewalt gegenüber Christen in den Flüchtlingsunterkünften.

Das Hilfswerk „Open Doors“, das sich seit über 60 Jahren weltweit für verfolgte Christen einsetzt, hat eine Befragung unter christlichen Flüchtlingen in deutschen Unterkünften durchgeführt, die Verfolgung aufgrund ihres Glaubens erlebt haben.

Die christlichen Flüchtlinge haben angegeben, dass sie sowohl von Mitflüchtlingen als auch vonseiten des Wachpersonals Verfolgung erlebt haben. Drei Viertel der Befragten wurden wiederholt angegriffen. Beleidigungen, Körperverletzungen, Todesdrohungen gegen die eigene Person und/oder die Familie, laute religiöse Musik und/oder Gebete und physische Gewalt sowie sexuelle Übergriffe sind von den Betroffenen gemeldet worden. In deutschen Flüchtlingsunterkünften werde demnach nicht genug auf den Schutz von Angehörigen religiöser Minderheiten geachtet. Mehr als 80 Prozent der christlichen Flüchtlinge seien in den Erstaufnahmeeinrichtungen Schikanen durch muslimische Flüchtlinge ausgesetzt. Besonders stark betroffen seien iranische und afghanische Konvertiten, die vom Islam zum Christentum übergetreten sind.

Viele bereits bekanntgewordene Fälle ließen bereits erkennen, dass religiös bedingte Konflikte auch in unserem Land weiterschwelen.

Datum des Originals: 11.05.2016/Ausgegeben: 13.05.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Die andauernde Verfolgung von Christen im „sicheren Hafen“ Deutschland ist nicht tolerabel. Es bedarf klarer Konzepte und Maßnahmen zum Schutz gegen religiös motivierte Gewalt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Übergriffe auf christliche Flüchtlinge durch Muslime hat es seit 2015 in Nordrhein-Westfalen bis heute gegeben? (Bitte nach Datum, Ort, Tat, Opfer und Täter auflisten.)
2. Erkennt die Landesregierung die besondere Schutzwürdigkeit von christlichen Flüchtlingen an?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um in den Landesaufnahmeeinrichtungen den Schutz von christlichen Flüchtlingen zu gewährleisten?
4. Hat die Landesregierung Handlungsempfehlungen, Erlasse, etc. herausgegeben, die Kommunen bei der Unterbringung von christlichen Flüchtlingen anleitet?
5. Welches Konzept hat die Landesregierung zur Aufklärung und Bekämpfung religiös motivierter Gewalt in Flüchtlingsunterkünften?

Gregor Golland  
André Kuper